

TAGESPOLITIK · KOMMENTARE · AUSLANDSBERICHTE

P/XVIII/216

Bonn, den 13. November 1963

Wir veröffentlichen in dieser Ausgabe:

<u>Seite</u>		<u>Zeilen</u>
1 - 2	<u>Aber Herr Dufhues !</u> Ungereimtheiten und Fälschungen	72
3	<u>Vor Erhards Auslandsreisen</u> Was erwartet der neuen Bundeskanzler ?	43
4	<u>Nicht alle können Ferien machen</u> Aufgaben der "Naturfreunde"	35
5 - 6	<u>Falsche Töne in der Wiener Staatsoper</u> Österreichisches, allzu Österreichisches Von unserem Korrespondenten in Wien, Karl Franta	63

Chefredakteur Günter Markscheffel

Aber Herr Dufhues!

Ungereimtheiten und Fälschungen

sp - Zugegeben, es mag für einen von Adenauer und Erhard in der Zange gehaltenen Geschäftsführenden CDU-Vorsitzenden nicht leicht sein, vor versammelter Mannschaft den Eindruck zu erwecken, als hätte er auch etwas zu sagen. Trotzdem: ein Mann, der Anspruch darauf erhebt, die Regierungspartei organisatorisch und auch politisch in Ordnung zu bringen, dürfte es nicht so billig machen, wenn er versucht, sich selbst und der "Union" etwas Profil zu geben.

Natürlich rief sich Herr Dufhues in der Beethovenhalle hauptsächlich an der SPD. Hierbei rutschten ihm allerdings einige interessante Formulierungen heraus, die man festhalten sollte, um gelegentlich daran zu erinnern. Herr Dufhues meinte zum Beispiel schon bei der Begrüßung seiner Parteifreunde "aus allen Teilen Deutschlands", er hoffe, daß "auch einige aus Bayern" da sein würden. Wenn ein Journalist auf eine solch' feine Unterscheidung zwischen Deutschen und Bayern kommen würde, könnte er gewiß sein, sich den Zorn nicht nur der bayerischen CSU, sondern der ganzen Union auf den Hals zu laden.

Aber das sind kleine Arabesken. Wesentlich interessanter war die Gedankenverbindung, die Herr Dufhues zwischen Interessenverbänden und Kommunisten herstellte. Er nannte beide in e i n e m Atemzug, warf sich stolz in die Brust, als Beifall aufrauschte und merkte ganz offensichtlich nicht einmal, was er da gesagt hatte. Die CDU wird sich also gegen b e i d e zur Wehr setzen, gegen Interessenverbände u n d gegen den Kommunismus. - Es dürfte zahlreiche Interessenverbände wirtschaftlicher und kultureller Art in der Bundesrepublik interessieren, vom Geschäftsführenden Vorsitzenden der CDU zu hören, daß er sie mit den Kommunisten in e i n e m Topf wirft.

Und das alles soll auf der "Erhard-Welle" geschehen. Die CDU soll, laut Dufhues, auf dieser Welle sogar ihre Mitgliederzahl verdoppeln, ein Unterfangen, zu dem wir ihr viel Glück wünschen. Nicht nur wegen der CDU selbst, sondern wegen des von Erhard der CDU gesetzter Ziel, wonach die CDU endlich m e h r sein müsse, als "eine Vertretung von Gruppeninteressen". Das ist ein löbliches Ziel, denn erstens wird damit gesagt, daß die CDU bisher nichts anderes war, als eine Vertretung von Gruppeninteressen, und zweitens würde die Erreichung dieses Zieles der deutschen Demokratie sicher gut bekommen.

Als sich Herr Dufhues in den Gefilden der internationalen Politik verlor, wurde es ganz schlimm. Er knöpfte sich die italienischen Nenni-Sozialisten vor, meinte, man wisse jetzt überhaupt nicht mehr, was man von den "Freunden Willy Brandts" halten solle und bekam es sogar fertig, mit dieser Bemerkung seine Zuhörer zu kräftigem Beifall anzuspornen. Daß es in Italien die Christlich-demokratische Partei, also die Parteifreunde des Herrn Dufhues sind, die den Nenni-Sozialisten das Tor zur Regierungsteilnahme öffneten, und daß d i e s e infolge dessen eigenlich - wenn das etwas Schlimmes wäre - von Herrn Dufhues angegriffen werden müßten, scheint sich noch nicht in Bonn und Düsseldorf herumgesprochen zu haben.

Eine direkte Fälschung servierte aber Herr Dufhues seinen Parteifreunden bei Erwähnung der Reise einer Delegation französischer Sozialisten nach Moskau. Der Geschäftsführende CDU-Vorsitzende warf sich kühn in die Brust und tönte, was solle man von diesen Leuten halten, die in einem gemeinsamen Kommuniqué mit den Kommunisten in Moskau erklärten, Frankreich müsse sich der Sowjetunion annähern. Das sei genau das, wovon unser Parteivorsitzender Adenauer immer so sehr gewarnt habe.

Entweder hat Herr Dufhues schlechte Übersetzer zur Verfügung oder man hat ihn falsch über das Kommuniqué unterrichtet, oder aber Herr Dufhues erzählt bewußt seinen Zuhörern etwas Falsches. In dem betreffenden Kommuniqué steht nämlich wörtlich:

- * "Die Gesprächspartner meinen, daß es notwendig ist, zu einer
- * Verbesserung der Beziehungen zwischen dem französischen
- * V o l k und den V ö l k e r n der Sowjetunion beizutragen, was den allgemeinen Entspannungstendenzen entsprechen würde, die in den internationalen Beziehungen sichtbar geworden sind."

Dieser Passus in dem von Herrn Dufhues geschmähten Kommuniqué entspricht genau dem Wunsch, dem der neue Bundeskanzler Professor Dr. Erhard in seiner Regierungserklärung in Bezug auf die Verbesserungen der Beziehungen zwischen dem deutschen V o l k und den V ö l k e r n der Sowjetunion Ausdruck gegeben hat. Wenn Herr Dufhues allerdings meint, daß es n i c h t im Interesse des deutschen Volkes ist, seine Beziehungen zu a l l e n Völkern der Welt zu verbessern, dann soll er es offen sagen.

Vor Erhards Auslandsreisen

Was erwartet den neuen Bundeskanzler ?

sp - In Kürze wird Bundeskanzler Erhard nicht nur seinen Kanzler-Antrittsbesuch in Paris, sondern auch in Washington und London machen. Dort wird der neue Bundeskanzler das Hauptgewicht in seinen Gesprächen auf wirtschaftspolitische Fragen legen, die sowohl in Verhältnis Bonn - Paris, wie auch in den Beziehungen zwischen Washington, London und Bonn die Aufmerksamkeit aller Beteiligten stark in Anspruch nehmen. Die Erörterung der Verteidigungsprobleme - so hört man aus der Umgebung des Bundeskanzlers - will dieser mehr den dafür zuständigen Ministern überlassen.

Es ist kein Geheimnis, daß Erhard in Paris und Washington wissen möchte, ob die Aktivierung deutscher Osthandelsbeziehungen, wie sie sich jetzt durch Handelsverträge zwischen der Bundesrepublik, Polen und Ungarn - und vielleicht morgen auch mit der Tschechoslowakei - manifestiert, im Konzept der allgemeinen westlichen Politik gegenüber dem Osten unterzubringen ist. Obwohl es sich hierbei zunächst um wirtschaftliche Probleme handelt, steht doch im Hintergrund die große Politik; die Frage, unter welchen Voraussetzungen der Osthandel gesteigert werden kann, ohne daß dadurch lebenswichtige Interessen des Westens geschmälert werden.

Der frühere Bundeskanzler und Parteivorsitzende der CDU, Dr. Konrad Adenauer, hat in den letzten Tagen mehrfach deutlich gesagt, wie er darüber denkt. Adenauer will an die Verbesserung wirtschaftlicher Beziehungen mit den Ostblockstaaten politische Bedingungen knüpfen. Dessen ungeachtet hörte man zum Beispiel beim Abschluß des Handelsvertrages mit Ungarn nichts davon, daß irgendwer politische Bedingungen gestellt hätte. Nur ganz allgemein hieß es, die Interessen West-Berlins seien in diesem Zusammenhang zufriedenstellend berücksichtigt worden.

Aber auch im Rahmen der westlichen Gemeinschaft selbst gibt es einige wirtschaftliche Fragen, die ihrer Klärung harren und bei denen man in Paris und Washington von dem früheren Bundeswirtschaftsminister auf mehr Verständnis hofft, als man von Adenauer erwarten konnte. Es geht hierbei nicht nur um die Wiederbelebung der europäischen Politik und die Beseitigung der Hemmnungen, die in den letzten Monaten häufig genug durch die französische Haltung sichtbar geworden sind, sondern auch um die Vorbereitung der sogenannten Kennedy-Runde, durch die Klarheit in den wirtschaftlichen Beziehungen zwischen dem freien Europa und den Vereinigten Staaten geschafft werden soll.

Erhard weiß nur zu gut, daß alle diese Probleme nicht mit Propagandareden à la Dufhues und Adenauer zu lösen sind. Es ist zu hoffen, daß ihm seine eigene Partei auf den schweren Wegen, die er gehen muß, keinen Klotz ans Bein bindet.

Nicht alle können Ferien machen

Aufgaben der "Naturfreunde"

sp - Noch ist es nicht so weit, daß den letzten Fußgänger ein Denkmal gesetzt wird und motorisierte Zeitgenossen sich nur noch dunkel daran erinnern, daß ihre Vorfahren einstmals die Kilometer nach der Fußgeschwindigkeit berechneten. Statistiken beweisen: es wird noch gewandert, der Mensch fühlt sich der Natur noch verbunden und ist der Technisierung des Lebens nicht ganz erlegen. Der Touristen-Verein "Die Naturfreunde", der seit 1885 besteht und zu dessen Gründern der spätere österreichische Bundeskanzler Dr. Karl R e n n e r gehört, zählt im Bundesgebiet insgesamt 800 Ortsvereine mit rund 102.000 Mitgliedern. An ihren Veranstaltungen nahmen im vergangenen Jahr 1,3 Millionen teil.

Die Naturfreunde sehen eine sinnvolle Erfüllung ihrer Aufgaben darin, dem arbeitenden Menschen Wege zur Freizeitgestaltung zu öffnen, die nicht nur dem Einzelnen, sondern vor allem den Familien Urlaub und Erholung gestatten, die sie finanziell bewältigen können. Nicht alle Arbeitnehmer hat die Reisewelle fortgetragen, sehr vielen war nicht einmal ein Urlaubsaufenthalt innerhalb des Bundesgebietes möglich. Nach Angaben der Naturfreunde kann sich kaum die Hälfte der Arbeitnehmer eine Ferienreise zu Bedingungen leisten, die das Gaststätten- und Hotelgewerbe im In- und Ausland bietet.

Als Basis der Familienerholung sollen rund 400 Naturfreunde-Häuser dienen, die in der Bundesrepublik bestehen. Ihre Umgestaltung von der Wanderherberge zum Kultur- und Ferienheim wird die nächste Aufgabe sein, die sich die Vereinigung gestellt hat. Die Erhaltung und Vertiefung des Naturlebens durch Natur- und Heimatkunde, durch Einfluß auf den Landschaftsschutz in enger Zusammenarbeit mit dem Deutschen Naturschutzring wird angestrebt.

Die Regeneration der Arbeitskraft ist eine Notwendigkeit, die heute nicht mehr unstritten ist. Die "Freizeitkonsumenten" von der überwiegend passiven Freizeitbetätigung zu den vielgestaltigen Möglichkeiten einer erlebnisreichen und erlebnisbetonten Freizeitverfüllung zu führen, ist eine Aufgabe, zu der die Wander- und Kulturverbände der Naturfreunde die besten Voraussetzungen mitbringen: weitreichende Erfahrungen und Idealismus.

Falsche Töne in der Wiener Staatsoper

Österreichisches, allzu Österreichisches

Von unserem Korrespondenten in Wien, Karl Franta

Zur gleichen Zeit, da Parlamentsabgeordnete über den künftigen Staatshaushalt beraten haben, ist es in der Wiener Staatsoper zu einem Skandal gekommen: Bei der Premiere einer Inszenierung von Puccinis "La Bohème" sollte neben Solisten der Mailänder Scala auch ein italienischer Souffleur, namens Armando Raimondo, mitwirken. So hatten es sich wenigstens der künstlerische Leiter Herbert von Karajan und der Operndirektor Dr. Egon Hilbert in den Kopf gesetzt.

Das künstlerische und technische Personal der Wiener Staatsoper hatte indessen ernste Einwände dagegen, daß auch schon Souffleure aus Italien geholt werden. Wenn es so weitergeht, hieß es, bringt Karajan auch noch italienische Beleuchter, Bühnenarbeiter und Garderobefrauer nach Wien. Überdies hatte die zuständige Behörde für den italienischen Souffleur keine Beschäftigungsgenehmigung erteilt, eine Voraussetzung, die für ausländische Arbeitskräfte ganz allgemein gilt. Betriebsrat und Gewerkschaft verlangten daher von der Direktion, daß der in jeder Beziehung hochqualifizierte Chefsouffleur der Staatsoper, Fritz Honola, wie bisher agieren dürfe.

Der Streit ging unentschieden hin und her und zog sich so in die Länge, daß unterdessen bereits das festlich gestimmte Premierenpublikum - darunter 14 Prozent Freikartenbesitzer - das traditionsreiche Haus an der Wiener Ringstraße betrat. Herbert von Karajan weigerte sich, ohne den italienischen Souffleur zu dirigieren, weil das angeblich seinen künstlerischen Vorstellungen zuwiderlaufe. So gab es statt "La Bohème" ein ganz kurzes Trauerspiel: die Mitteilung an das wartende Publikum in Parkett, Logen und Kängen, daß es wieder nach Hause gehen könne. Ohne italienischen Souffleur keine Bohème-Premiere!

Damit aber unversehens nicht nur die Aufmerksamkeit der beim nüh-samen Budgetaustüfteln aufgeschreckten Nationalratsabgeordneten, sondern auch die der gesamten Öffentlichkeit auf eine privilegierte Kultureinrichtung gelenkt, für die es keinerlei Geldnöte, dafür aber einen um so selbstbewußteren künstlerischen Leiter zu geben scheint. Da Opernpersonal, Betriebsrat und Gewerkschaft auf ihrem Standpunkt

13. November 1963

ebenso beharrten wie Herbert von Karajan, wuchs sich die Frage der Beschäftigung eines Souffleures - sonst eher eine diskrete Angelegenheit - zu einem Politikum ersten Ranges aus. Damit im Zusammenhang stand die "Italianisierung" der Wiener Staatsoper, der Salär Karajans und das Operndefizit als Ganzes zur Diskussion.

Eine Lösung des leidigen Südtirolproblems, gewissermaßen vorwegnehmend, hat Karajan italienische Opernsänger und -sängerinnen zu astronomischen Gagen in großer Zahl nach Wien engagiert und auf diese Weise hier sozusagen eine Filiale der Mailänder Scala installiert. Da die horrenden Gagen in Italien versteuert werden müssen, hat Österreich auf diesem Wege den italienischen Staat subventioniert. Von den 270 Aufführungen des Vorjahres waren 200 in italienischer Sprache.

War dies aber gegebenenfalls noch durch künstlerische Gesichtspunkte zu erklären, so bildete das Verhalten Herbert von Karajan mancherlei Anlaß zu weitreichender Mißstimmung. Zu dem ausgeprägten Selbstbewußtsein Karajans dürfte nicht zuletzt auch die großzügige Honorierung seiner - unbestritten künstlerisch hochwertigen - Tätigkeit beitragen. Ein sozialistischer Abgeordneter stellte im Parlament fest, daß Herbert von Karajan an der Spitze der Wiener Staatsoper allein aus diesem Titel einen Bezug hat, der so hoch ist wie das Einkommen des Bundespräsidenten, des Bundeskanzlers, des Unterrichtsministers und eines Abgeordneten zusammengenommen.

Das österreichische Budget wird allein durch die Oper in Wien stärker belastet als durch den gesamten diplomatischen Außendienst. ÖVP-Unterrichtsminister Dr. Heinrich Drimmel stellte sich in dem heftig wogenden Streit schützend vor Karajan. Und eine Woche nach der abgesagten Bohème-Premiere ging eine solche doch über die teuren Bretter. Da man sich in der Frage der Beschäftigung des italienischen Souffleures noch immer nicht geeinigt hatte, gab es bei dieser Aufführung überhaupt keinen Souffleur. In ihrem "Nachruf auf die Opernkrise" schreibt dazu die "Arbeiter-Zeitung": "Man hat also doch eine echt österreichische Lösung gefunden: Es bleibt alles beim alten."